

Landtag will keine Schnellschüsse bezüglich Kita-Förderung

Vereinbarkeit 22 der 25 Abgeordneten im Liechtensteiner Landtag haben sich im Rahmen der Budgetdebatte dagegen ausgesprochen, den Posten für die Kitas zu erhöhen. Die Abgeordneten wollen zuerst ein fundiertes Konzept zur Vereinbarkeit.

VON DORIS QUADERER

Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini hatte den entsprechenden Budgetposten um 300 000 Franken erhöhen wollen, dies, damit auch die derzeit nicht subventionierten Kitas in den Genuss von Fördergeldern gekommen wären. Damit hätte er die jetzt bestehende Ungleichbehandlung zwischen staatlich subventionierten und privaten Kitas ausgleichen wollen, ohne dass sich dies erheblich auf Elternbeiträge oder auf die Kita-Betreiber ausgewirkt hätte. Die Nachwahlbefragung zur hochkant abgelehnten Initiative der Wirtschaftskammer «Familie und Beruf» habe gezeigt, dass das Stimmvolk keine Gelder aus der Familienausgleichskasse (FAK) zur Kita-Förderung einsetzen wolle. Daher war seine Intention, den Kita-Beitrag des Landes moderat zu erhöhen und die FAK-Gelder in einem späteren Schritt zur Erhöhung des Kindergeldes einzusetzen. Dies, um kein Familienmodell zu diskriminieren. Die Freie Liste ging noch einen Schritt weiter und beantragte für die Kitas gar 1,5 Millionen Franken mehr als im Vorjahr. Diese Summe werde benötigt, um die Kitas adäquat zu unterstützen, begründete der FL-Abgeordnete Thomas Lageder.

Wählerwillen berücksichtigen

Den Abgeordneten von FBP, VU und DU ging dies jedoch etwas zu schnell. Sowohl Mauro Pedrazzini als auch die Freie Liste kamen mit ihren Anliegen nicht durch. Rainer Gopp (FBP) betonte in seinem Votum, dass ihm die Vereinbarkeit von Familie



Der Abgeordnete Rainer Gopp (FBP) plädierte dafür, erst ein Konzept zu erarbeiten. (Foto: M. Zanghellini)

und Beruf sehr stark am Herzen liege, aber man den Wählerwillen nicht negieren dürfe. Bevor man hier wieder ein Budget erhöhe, solle die Regierung ein umfassendes Konzept erarbeiten und dem Landtag bis Sommer 2017 vorlegen. Das von der Vorgängerregierung im Jahr 2011 eingeführte Moratorium zum Ausbau der Kita-Finanzierung könne man noch ein paar Monate länger gelten lassen, so Gopp.

Gleiches Budget – Fairere Verteilung

Herbert Elkuch von den Unabhängigen sprach sich ebenfalls gegen eine Budgeterhöhung aus und forderte, dass die Regierung per 1. Januar 2017 das bisher für die Kita-Subvention

verwendete Geld gleichmässig auf alle Kitas verteilt werden solle. Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini mahnte hier zur Vorsicht. Man könne nicht ein System derart rasch auf den Kopf stellen, ansonsten bringe man die derzeit subventionierten Kitas in Gefahr, weil diese dadurch schlagartig weniger Geld bekommen würden. Die Folge könnte ein Abbau von Arbeitsplätzen und Leistungen sein, das sei nicht wünschenswert. Erich Hasler (DU) argumentierte, dass die Kitas in Liechtenstein im Vergleich zur Schweiz sowieso zu teuer seien, also, dass es hier doch noch Einsparpotenzial gäbe. Mauro Pedrazzini entgegnete, dass diese Kosten nicht eins zu eins vergleich-

bar seien. Thomas Lageder (FL) gab zu bedenken, dass sich die Bruttolöhne der vom Verein Kindertagesstätten angestellten Kleinkinderzieherinnen im Bereich von 3600 bis 4060 Franken bewegten. Das sei nicht viel. Ausserdem führte er ein Gutachten an, welches zeige, dass die Verantwortlichen sehr sparsam mit den Geldern umgingen. Würde der Vorschlag von Herbert Elkuch umgesetzt, laufe man Gefahr, das System komplett zu zerstören, befürchtete der FL-Abgeordnete. Einige waren sich alle darüber, dass das Thema mit Hochdruck weiterverfolgt werden muss und nicht wieder auf die lange Bank geschoben werden darf.